



„Strategie für einen modernen Bevölkerungsschutz“

Christoph Unger

Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)

Der Bevölkerungsschutz mit seinen beiden Hauptbestandteilen, dem Zivilschutz und dem Katastrophenschutz, liegt in Deutschland nicht in einer staatlichen Hand, sondern ist durch unsere Verfassung aufgeteilt zwischen Bund und Ländern, darüber hinaus in der Praxis auch zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen.

Deutschland hat für die nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr traditionell ein vertikal gegliedertes Notfallvorsorge- und Hilfeleistungssystem etabliert.

In diesem System arbeiten Bund, Länder und Kommunen im Verbund mit den großen Hilfsorganisationen wie dem Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), der Deutsche-Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), dem Deutsches Rotes Kreuz (DRK), der Johanniter Unfall-Hilfe (JUH), dem Malteser Hilfsdienst (MHD) und den Feuerwehren zusammen. Dabei beruht die nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr maßgeblich auf Ehrenamtlichkeit und Freiwilligkeit.

Die neuen Herausforderungen zum Schutz der Bevölkerung liegen dabei insbesondere in großen Naturkatastrophen und der ursachenunabhängigen Verletzlichkeit unserer Infrastrukturbereiche. Des Weiteren können asymmetrische Bedrohungen mit kaum kalkulierbarem Gewaltpotential nicht-staatlicher Stellen nicht ausgeschlossen werden.

Die Komplexität und gegenseitige Abhängigkeit kritischer Infrastrukturen haben in den letzten 20 Jahren enorm zugenommen. Ohne eine funktionierende Stromversorgung und ohne die Unterstützung von Informations- und Kommunikationstechnik funktioniert heute nahezu keine Infrastruktur mehr. Kommt es zu Ausfällen in diesen Bereichen, sind alle anderen Infrastrukturen auch betroffen. Dies kann zu massiven Beeinträchtigungen in allen anderen Sektoren führen.

Schließlich werden auch die Auswirkungen des Klimawandels, der Kampf um Ressourcen (Trinkwasser, Nahrungsmittel, Energieträger etc.) mittel- bis langfristig dazu beitragen, bestehende Krisen zu verschärfen, neue Krisen zu generieren und die globalen Migrations- und Flüchtlingsströme zu vergrößern. Im Verlauf des fortschreitenden Klimawandels müssen wir nach den derzeitigen Prognosen auch davon ausgehen, dass extreme Wetterereignisse mit höherer Intensität auftreten als das heute der Fall ist. Die Belastung Kritischer Infrastrukturen aus solchen Ereignissen wird also voraussichtlich zunehmen.

Die vorgenannten Risiko- und Bedrohungsszenarien stellen umfassende Anforderungen an ein nachhaltiges Risiko- und Krisenmanagement zum Schutz der Bevölkerung.



„Strategie für einen modernen Bevölkerungsschutz“

Christoph Unger

Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)

Auf den 4 Ebenen Prävention (verhütend), Vorsorge (vorbereitend) und Bewältigung/Wiederherstellung (reaktiv) muss eine Strategie für einen modernen Bevölkerungsschutz Antworten liefern.

Besondere Bedeutung kommt hierbei auch dem im Mai 2004 gegründeten Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zu, das die Rolle als strategischer Netzknoten und Dienstleistungszentrum des Bundes für die Behörden aller Verwaltungsebenen sowie für die im Bevölkerungsschutz mitwirkenden Organisationen und Institutionen eingenommen hat.

So versteht sich das BBK als interdisziplinär ausgerichtete behördliche Denkplattform auf dem Gebiet der nicht-polizeilichen und nicht-militärischen Sicherheit.